



# Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezugsstellen im Reichsgebiet monatlich 1.76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Druckort: Wildbad; Druckerei: Enztalbote & Co., Wildbad; Druckerei: Enztalbote & Co., Wildbad; Druckerei: Enztalbote & Co., Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk des Reichsgebietes 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kfz. Nr. 50 Pf. — Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Zustellung in der Regel 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch. Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Völkner.

Nummer 168

Februar 479

Mittwoch den 22. Juli 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

## Die Londoner Konferenz

London, 21. Juli. Die erste Sitzung der Konferenz begann gestern abend 6.30 Uhr unter dem Vorsitz Mac Donalds im Zimmer des Erstministers im Unterhaus. Anwesend waren 18 Minister von 7 Staaten. Mac Donald hielt eine Begrüßungsansprache, worauf Caval über die Pariser Verhandlungen berichtete. Reichsminister Dr. Brüning bestätigte den in Paris betätigten Geist der Zusammenarbeit und gab einen Überblick über die Lage Deutschlands. Nach dem amtlichen Bericht führte Brüning aus, vor allem müßte die Abtragung fremder Kredite aufhören und die Golddecke der Reichsbank erhöht werden.

Nach der Sitzung, die um 8.15 Uhr beendet war, besprachen sich noch die Engländer gesondert mit Dr. Brüning und Dr. Curtius, die von Mac Donald zum Abendessen geladen wurden. Für Dienstag abend sind die französischen Minister von Mac Donald zum Essen geladen.

Am Dienstag vormittag 10 Uhr wurden die gemeinsamen Beratungen im Auswärtigen Amt wieder aufgenommen. Die Sitzung wurde um 12.45 Uhr beendet. Es wurde nach amtlicher Mitteilung beraten, über die Möglichkeiten einer internationalen finanziellen Zusammenarbeit zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Deutschland als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Maßnahmen, die sich als notwendig herausstellen sollten, um die Finanzlage Deutschlands für dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen.

Die Prüfung der aufgeworfenen Fragen wurde in einer Nachmittagsitzung der beid. Finanzminister unter Vorsitz Mac Donalds, der auch Brüning anwohnte, fortgesetzt.

### Empfang beim König

Am Donnerstag abend ist ein Empfang der deutschen und fremden Staatsmänner beim König von England vorgesehen. Man rechnet hier damit, daß die Konferenz Ende dieser Woche abgeschlossen werden kann.

### Mac Donald gegen eine Anleihe

London, 21. Juli. Bei der Einladung der deutschen Minister bei Mac Donald am Montag abend soll von englischer Seite der Gedanke vertreten worden sein, daß Deutschland wohl sofort Kredite, etwa auf 90 Tage, gewährt werden sollen, daß man aber von einer großen Anleihe besser absehen sollte. Denn eine solche würde von mehreren Mächten doch nur unter gewissen Bedingungen mit Sicherheit und Beschränkungen gezeichnet werden. Auch solle man die jetzt schon bestehenden und fast unerträglichen Verpflichtungen Deutschlands nicht in lästiger Weise vergrößern.

Die Anregungen, die am Montag abend beim Essen von englischer Seite gegeben wurden, wurden am Dienstag vor der allgemeinen Zusammenkunft noch einmal auf bestimmter Grundlage fortgesetzt. Ob dies als ein gutes Vorzeichen für eine allgemein befriedigende Regelung gedeutet werden soll oder nicht, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Nach einem Bericht der „Times“ sagte Dr. Brüning, die Befestigung der Krise sei mehr eine Frage dringlicher Maßnahmen als von Anleihen. Deutschland habe ohnehin schon viel zu viel Anleihen aufgenommen, und die Verhältnisse wären vielleicht besser, wenn weniger Anleihen aufgenommen worden wären. Diese Auffassung stimmt mit der englischen und amerikanischen überein. Eine internationale Anleihe großen Stils, mit der Frankreich Deutschland aus durchsichtigen Gründen weiter belastet wissen möchte, wird in London weiterhin aus Wirtschaftsgründen abgelehnt.

### Vertrauen statt Anleihen

London, 21. Juli. „Morningpost“ schreibt in ihrem Handeltel, es müsse geprüft werden, wie weit die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands und Europas politischen Ursprungs seien. In der Londoner Geschäftswelt herrsche die Ansicht, daß ein noch so klug ausgedachter finanzieller Plan nicht erfolgreich sein könne, wenn er auf politischem Gebiet nicht von Verständigung und gutem Willen begleitet sei, durch die dem Publikum Vertrauen eingefloßt werde. Es bestehe guter Grund für die Annahme, daß von englischen und amerikanischen Banken keine Zurückziehung von Krediten aus Deutschland mehr zu erwarten sei. Gleichzeitig scheine Grund für die Annahme vorhanden zu sein, daß die deutschen Banken selbst in jeder erdenklichen Weise zur Festigung der Lage zusammenarbeiten. In Londoner Bankkreisen sei man der Ansicht, daß die Regierungen besser daran tun würden, das Vertrauen zum deutschen Kredit zu stärken, anstatt große Anleihen zu gewähren.

Ähnliche Anschauungen werden auch im Handelsteil der „Times“ vertreten.



## Tagespiegel

Reichstagspräsident Loebe hat am Dienstag dem österreichischen Bundeskanzler Buresch in Wien einen Besuch abgestattet.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist am Dienstag im Reichstag zusammengetreten. Dr. Hugenberg gab einen Bericht über die gegenwärtige Lage. Die Fraktion beschloß unter anderem eine Entschlieung gegen die Pressenotverordnung.

Der Zahlungsverkehr bei den Privatbanken hat sich auch am 21. Juli ruhig abgewickelt. Die Ein- und Auszahlungen hielten sich ungefähr auf gleicher Höhe; erstere waren teilweise höher.

Gegen den Vorstand der Danabank sind Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft 1 in Berlin eingegangen. Anlaß zu Maßnahmen sind jedoch bisher nicht gegeben.

Nach der Londoner Presse soll zu erwarten sein, daß die amerikanischen Vertreter auf der Londoner Konferenz einen Flottenbauvertrag vorschlagen, wonach Deutschland, Frankreich und Italien bis zur Abrüstungskonferenz alle Kriegsschiffbauten einstellen. Mussolini soll Stimson in Rom seine Bereitwilligkeit ausgesprochen haben.

In Sevilla und in der ganzen Provinz ist der Generalstreik ausgebrochen.

## Erste Schwierigkeiten in London

### Verwunderung über den Optimismus

London, 21. Juli. Die diplomatischen Mitarbeiter einzelner englischer Blätter glauben Anlaß zu haben, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, mit denen die Londoner Konferenz sich auseinandersetzen muß, wenn sie zu einem Ergebnis gelangen soll. Diese Schwierigkeiten werden insbesondere in der „Daily Mail“ betont, die auch auf die vorsichtige Redeweise der amtlichen Mitteilung über die erste Sitzung der Konferenz am Montag hinweist. Dieser Ton verdient Beachtung. Dem Blatt zufolge soll man sich gestern in maßgebenden Kreisen über den auf gewissen Stellen zum Ausdruck kommenden Optimismus sehr erstaunt geäußert haben. Frankreich ist nach Ansicht des englischen Beobachters nach wie vor geneigt, Bedingungen zu stellen, denen Deutschland sich widersetzen müsse und die von mindestens einem Teil der anderen Mächte bedauert werden. Allerdings sei die Konferenz so ungeheuer wichtig für die Zukunft der ganzen Welt, daß förmliche Teilnehmer an derselben es einfach nicht wagen würden, auseinander zu gehen, ohne etwas wesentliches zustande gebracht zu haben. Aufserhalb des Sitzungssaales werde von vielen Vertretern bekannt, daß die einzig wahre Lösung in der völligen Annullierung der Kriegsschulden oder in einer Verlängerung des einjährigen Hoovermatoriums zu suchen sei; niemand aber sei bisher so lähn gewesen, dies innerhalb der Konferenz zu äußern. Auch glaubt „Daily Mail“ von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des englischen Kabinetts zu wissen, bei denen Mac Donald und Snowden auf der einen, Henderson auf der anderen Seite gegenüber stehen, und zwar sei Henderson den französischen Wünschen gegenüber mehr zu einem Entgegenkommen geneigt als seine Ministerkollegen, die sich an der öffentlichen Meinung Englands orientieren.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ beschäftigt sich mit dem Frankreich zugeschiebenen Plan einer durch die deutschen Zölle garantierten zweimilliardenanleihe und verweist darauf, daß ein solcher Plan weder in London noch in Washington Billigung fände. Ebenso sei es kaum durchführbar, die Erörterungen in London so eng zu umgrenzen, wie das von Frankreich gewünscht werde.

Berlin, 21. Juli. In Kreisen der Reichsregierung wird der bisherige Verlauf der Londoner Verhandlungen laut CRB. „ziemlich optimistisch“ beurteilt.

### „Neuer Hoover-Plan“

Washington, 21. Juli. Das Auswärtige Amt kündigte gestern an, daß Stimson auf der Londoner Konferenz am Dienstag neue, von Hoover gebilligte Vorschläge zur Behebung der gegenwärtigen finanziellen Krise bekanntgeben werde.

Die Blätter bezeichnen den Vorschlag als neuen Hoover-Plan, der nur gemacht worden sei, weil von seiner anderen Seite ein positiver Plan gekommen sei.

### Telegramm der nationalen Opposition an Brüning

Berlin, 21. Juli. BdZ. Die Führer der Nationalen Opposition haben an den Reichstagskanzler Brüning nach London folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover werden die unverhüllten Absichten Brautrelais entzogen, das deutsche Volk auf

die Dauer väter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden.

Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volk, insbesondere in der Jugend, die Verweisung derart angewachsen ist, daß allerorts gefährlichste Gedankengänge aufsteigen.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Krieg frei fühlt, will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten. Die gesamte Nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich als rechtsverbindlich nicht ansehen wird.

(gez) Graf von der Voß, Hitler, Hugenberg, Graf Raldreuth, Bethge, Lind, Seidiz, Düsterberg.

## Die Steueramnestie

Die Rückkehr zur Steuertreue. — Erklärungsfrist bis 31. Juli.

Die Inflation und später der übermäßige Steuerdruck waren die Wurzel der Marktflucht, Steuerflucht und Steuerhinterziehung. In sich bedeutet Marktflucht noch keine Steuerflucht und Steuerhinterziehung. In der Inflation hatte die Marktflucht durch die Devisenordnung in den Jahren bis 1923 fast zwangsläufig die Steuerflucht und damit die Steuerhinterziehung zur Folge. Allerdings ist in den Jahren ab 1924 der größere Teil der so gebliebenen Kapitalien wieder zur deutschen Volkswirtschaft zurückgeführt, vor allen Dingen, soweit es sich um Kapitalien handelte, die in Handel und Industrie benötigt wurden. Immerhin sind nicht unerhebliche Kapitalien im Ausland geblieben. Offenbar sind auch an den in den letzten Jahren zahlreich entstandenen „Holding-Gesellschaften“ in der Schweiz, in Luxemburg und in Liechtenstein Deutsche nicht unbeteiligt.

Es war steuerpolitisch ein Fehler, so schreibt Dr. Kette in der „Köln. Ztg.“ daß man nicht bald nach der Festigung der Mark 1924 durch eine Steueramnestie die Voraussetzung für die Rückwanderung der im Ausland befindlichen deutschen Kapitalien schuf. Von Jahr zu Jahr wurde der Druck, der auf den Steuerpflichtigen lastete, die nur aus Furcht vor Strafe ihr früheres Unrecht nicht wieder gutmachen konnten, größer. Dem Deutschen Reich sind hierdurch nicht nur große Steuereinnahmen vorenthalten worden, es sind auch wohl der deutschen Volkswirtschaft erhebliche Kapitalien aus diesem Grund nicht wieder zugeflossen. Jetzt erst denkt man an den nicht unwichtigen Teil der steuerlichen Erfassung des gesamten deutschen Vermögens.

Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 enthält im dritten Teil, Kapitel VIII, nur eine Ermächtigung der Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats eine Steueramnestie zu erlassen, durch die Personen, die steuerliche Werte (insbesondere steuerpflichtiges Vermögen und steuerpflichtiges Einkommen) einer bestehenden Rechtspflicht gegenüber der Steuerbehörde nicht angegeben haben, von der Strafe wegen dieser Steuerhinterziehung und von der Nachzahlungsfrist frei werden sollen, wenn sie innerhalb einer zu bestimmenden Frist die bisher nicht angegebenen Werte der Steuerbehörde anzeigen. Die Reichsregierung machte von dieser Ermächtigung bisher keinen Gebrauch und ließ noch am 10. Februar 1931 im Haushaltsausschuß durch das Reichsfinanzministerium erklären, daß dies vorläufig auch nicht beabsichtigt sei.

Die Notverordnung vom 18. Juli 1931 enthält nun im zweiten Abschnitt unter Paragraph 8 eine weitgehende Steueramnestie, die sich im Wortlaut eng an die Ermächtigung zur Steueramnestie vom 1. Dezember 1930 anschließt.

Danach tritt Straffreiheit und Befreiung von der Nachzahlungspflicht ein, wenn bis zum 31. Juli 1931 bisher nicht angegebene Werte (steuerpflichtiges Vermögen, steuerpflichtiges Einkommen und steuerpflichtiger Gewerbeertrag) den zuständigen Finanzämtern oder einer andern Behörde der Reichsfinanzverwaltung oder der zuständigen Gewerbesteuerbehörde angegeben werden. Es ist zu hoffen und auch mit Rücksicht auf die derzeitige Lage des Deutschen Reichs selbstverständliche Pflicht, daß von diesem Generalpardon weitestgehend Gebrauch gemacht wird, zumal damit gerechnet werden muß, daß von jetzt an die Strafen wegen Steuerhinterziehung unnachlässig verhängt werden.

Da die Notverordnung eng auszulegen ist, muß diese Aufzählung als abschließend betrachtet werden, so daß eine Befreiung von der Nachzahlung anderer Steuern nicht eintritt. Wenn zum Beispiel bei der jetzigen Anzeige der Werte sich ergibt, daß die Werte der Erbschaftsteuer seinerzeit unterlegen haben würden, so muß diese nachgezahlt werden, sofern nicht Verjährung eingetreten ist. Bei angezeigtem, bisher hinterzogenem Einkommen muß, soweit Umsatzsteuer fällig gewesen wäre, auch diese nachträglich entrichtet wer-

ben. Eine Bestrafung tritt aber in diesen Fällen nach allgemeinen Vorschriften wegen tätiger Reue nicht ein. Da durch die Notverordnung, Paragraph 7 Absatz 2, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung bis zum 31. Juli 1931 verlängert ist, kann die Anzeige gemäß Paragraph 8 der Notverordnung mit der Vermögenssteuererklärung verbunden werden. Sofern die Vermögenssteuererklärung abgegeben ist, muß mit der Anzeige gemäß Paragraph 8 die eventuell erforderlich werdende Berichtigung der Vermögenserklärung selbständig bis zum 31. Juli eingereicht werden.

Bezüglich der Einkommensteuer, für die Straffreiheit und Befreiung von der Nachzahlungspflicht nur bis zum 31. September 1929 vorgeesehen ist, gelten für im Jahr 1930, das heißt in der Einkommensteuererklärung 1931, veranschlagte Einkommensteuern die allgemeinen Vorschriften. Hier kann durch eine nachträgliche Angabe nur auf Grund der allgemeinen Bestimmungen (tätige Reue) Straffreiheit erlangt werden, wogegen Befreiung von der Nachzahlungspflicht nicht eintritt.

## Notverordnung über Teilauszahlung von Gehältern

Berlin, 21. Juli. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Juli 1931 wird die Reichsregierung ermächtigt, Vorschriften über die Zahlungsweise zu erlassen.

1. für Bezüge, die mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder frühere Tätigkeit im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden.

2. für Anteile der Länder an den Ueberweisungssteuern.

3. für Leistungen der Länder an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften.

Die Reichsregierung ist ferner ermächtigt, Vorschriften zum Schutz von Schuldnern gegen die Folgen zu treffen, die sich aus der veränderten Zahlungsweise ergeben.

## Durchführungsverordnung

Zu vorstehender Notverordnung hat die Reichsregierung unter dem 21. Juli folgende Durchführungsverordnung erlassen:

### § 1

1. Die folgenden Bezüge:

a) die Dienstbezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht einschließlich des Gnadenvierteljahres;  
b) die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger des Reichs einschließlich des Gnadenvierteljahres;

c) die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht;

d) die Uebergangsgebühren der Soldaten der Wehrmacht nach §§ 7, 27, 32 und 70 des Wehrmachtsversorgungsgesetzes und die entsprechenden Uebergangsgebühren der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz;

e) die Dienstbezüge der Postagenten der Deutschen Reichspost, sowie der Unterrechner und Dienstassistenten der Reichsabgabenverwaltung;

f) die laufenden Bezüge, die ehemaligen Angestellten und Arbeitern im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost und ihren Hinterbliebenen mit Rücksicht auf das frühere Dienstverhältnis außerhalb der reichsgesetzlichen Sozialversicherung gewährt werden (Ruhe-lohn, laufende Unterstufungen) usw.

2. Die Reichstagsbeamten stehen den Reichsbeamten gleich.

3. Zu den Dienstbezügen der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht im Sinn des Absatz 1, a) gehören alle Geldbezüge, die sie mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistung erhalten.

### § 2

§ 1 gilt entsprechend für die Dienst- und Versorgungsbezüge, sowie das Uebergangsgeld des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsminister, sowie für die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen.

### § 3

Für die Zahlungsweise für die Bezüge der Angestellten im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost findet § 1 Absatz 1 und 3 entsprechende Anwendung.

## Zumpe macht Karriere.

Eines Bachvogels lustige Geschichte von Fritz Körner.  
57. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Im ersten Augenblick kam sich Herr Stallbaum verabert vor, aber als ihm Wolf die Bestellung unter die Nase hielt und er las, da schüttelte er den Kopf.

„Eine . . . Bibliothek . . . Blau! Das werde ich bis zu meinem Ende nicht begreifen.“

Dann aber klopfte er Anton auf die Schulter.

Würdevoll sagte er: „Wenn Sie auch die epochale Kulturbedeutung unseres kulturell wohl wertvollsten Berufes noch nicht voll erfasst haben, Herr Zumpe, so muß ich doch gestehen, daß Sie, vom rein kaufmännischen Standpunkte, unter Würdigung aller rein geschäftlichen Punkte, ein sehr guter Verkäufer sind.“

„Donnerwetter!“ dachte Anton, „will sich Stallbaum um den Nobelpreis bewerben mit seinem Stil, der entsetzlicher ist wie der von Thomas Mann.“ Er, Anton, war fürs Kurze. Warum in drei Sätzen sagen, was mit einem besser möglich war?

Stallbaum turnte höchst vergnügt in sein Privatkontor. Seine Tochter erwartete ihn schon.

„Papa!“

„Was hast du denn, Erka?“

„Ich muß mich beschweren!“

„So, über was denn? Doch nicht wieder über Zumpe?“

„Doch . . . denke dir, er hat mit . . . Heinrich Duzbrüderschaft geschlossen!“

„Das kann ich ihm nicht verbieten!“

„Er ist gestern mit ihm zechen gewesen. Die ganze

§ 4.  
1. Die Länder, Gemeinden, Gemeindevverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind berechtigt und verpflichtet, den §§ 1—3 entsprechende Regelungen zu treffen.

2. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinn dieser Verordnung gehören auch die Anstalten, Vereine und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Verbände von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts befindet, und die Vereinigungen und Einrichtungen, deren Einkünfte mit mehr als der Hälfte von solchen Unternehmungen oder von Körperschaften des öffentlichen Rechtes herrühren.

3. Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die von sich aus eine den §§ 1 und 3 entsprechende Regelung treffen, gelten nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinn dieser Verordnung. Den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bleibt es überlassen, den Vorschriften der §§ 1 und 3 entsprechende Regelung zu treffen. Die Reichsbank, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind ermächtigt, den § 1 Absatz 1, f. und § 3 entsprechend zu verfahren.

### § 5

1. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die Anteile der Länder an den Ueberweisungssteuern abweichend von der bisherigen Regelung zu entrichten. § 53 des Finanzausgleichsgesetzes bleibt unberührt.

2. Trägt ein Land einen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft gegenüber den Aufwand für die Bezüge ihrer Beamten, Wartegeldempfänger, Ruhegeldempfänger, Empfänger von Hinterbliebenenbezügen, Angestellten und Arbeiter ganz oder teilweise, so ist die oberste Landesbehörde befugt, entsprechend den für die Religionsgesellschaften gemäß § 4 Absatz 3 vorgesehenen Regelungen über Teilleistungen des Landes und über die Zahlungsstadien hierfür von der bisherigen Regelung abweichende Vorschriften zu erlassen.

### § 6

Bezüge für Dienstleistungen im Privaddienst, die für einen Zeitraum von mindestens einem Monat gewährt werden, können vorübergehend von dem Zahlungspflichtigen an anderen als den bisherigen Auszahlungstagen ausgezahlt werden. Jedoch muß bei Monatsbezügen mindestens die Hälfte des Monatsbezugs am bisherigen Fälligkeitstag, der Rest 10 Tage später ausgezahlt werden; bei Bezügen, die für einen längeren Zeitraum als einen Monat gewährt werden, muß der auf einen Monat entfallende Teilbetrag mindestens je zur Hälfte am 1. und 15. dieses Monats ausgezahlt werden.

### § 7

Wird ein Schuldner durch die veränderte Zahlungsweise gemäß dieser Verordnung ohne sein Verschulden gebindert, eine fällige Mietzinszahlung zu leisten, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eintreten, als nicht eingetreten.

## Noch eine Notverordnung

Berlin, 21. Juli. Die Reichsregierung hat unter dem 20. Juli eine

### Notverordnung gegen die Steuerfäulnigen

herausgegeben, die mit Verzugs-, Aufschub- und Stundungszinsen befaßt werden sollen. Die hierfür bisher geltenden Sätze werden verallgemeinert und sehr wesentlich erhöht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Androhungen die Steuerfäulnigen schnell und gründlich bekehren werden, aber die Zahlungen unschuldig werden durch solche Sätze bestimmt nicht zahlungsfähig werden. Da die Bestimmungen der neuen Notverordnung für alle wichtigen Steuern, insbesondere auch die nicht an Einkommen- und Uberschüssen anknüpfenden Realsteuern (Gewerbe- und Grundvermögensteuer), gelten sollen, wird aller Voraussicht nach ein beträchtlicher Hundstapel der Zuschläge und Zinsforderungen auf dem Papier stehen bleiben.

Für rückständige Beträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Ansehsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer oder Hauszinssteuer sollen ab 1. August 1931 Verzugszuschläge in Höhe von 5 Prozent halbmonatlich erhoben werden. Eine Erhebung von Verzugszuschlägen findet jedoch nicht statt, falls die Steuerbehörde für die rückständigen Steuern Stundung gewährt hat.

Gestundete Steuern sind, sofern nicht zinslose Stundung bewilligt ist, mit jährlich 5—12 Prozent (je nach der besonderen Lage des einzelnen Falls) zu verzinsen.

Für die sogenannten Aufschubzinsen (insbeson-

der bei Zinsen) beträgt der Zinssatz 10 Prozent jährlich; doch bleibt es für Beträge, die vor der Verzinsung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinssatz.

Bei denjenigen Steuern, bei denen nicht die neuen Vorschriften über Verzugszuschläge Platz greifen (z. B. bei den Verbrauchsteuern) werden bei nicht rechtzeitiger (unbefugter Weise unterlassener) Zahlung Verzugszinsen erhoben, die für die Zeit vom 1. August 1931 ab 2 Prozent monatlich betragen.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft brachte die Beschwerden beim Reichsinnenminister Dr. Wirth vor. Dieser hat nun an die obersten Reichs- und Landesbehörden ergänzende Richtlinien für die Handhabung der Verordnung herausgegeben. Danach darf von der Presse nur die Aufnahme solcher Kundgebungen und Entgegnungen auf Entschuldigungen verlangt werden, die von der zuständigen Behörde selbst ausgehen. Eine Zeitung darf nicht wegen ihrer politischen Richtung als solcher verboten werden. Das Verbot ist nur zulässig, wenn durch bestimmte Artikel einer Zeitung die Annahme einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründet erscheint.

Im „Vorwärts“ schreibt der preussische Innenminister Severing, es werde sich herausstellen, daß die Sorge der Presse, die Regierungen wollen durch die Notverordnung (Aufnahmezwang für Regierungskundgebungen) jede Zeitung sozusagen zu einem unfreiwilligen „Reichs- und Staatsanzeiger“ machen, unbegründet sei. Von der Bestimmung dürfe nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden. Eine andere Handhabung würde die Einrichtung stumpf machen und der Staatsautorität auch nicht gerade zuträglich sein.

Der nächste Kunde war für Zumpe, der sich grimmig die Hände bei Dr. Benno raschem Abgang gerieben hatte, angenehmer.

Es war ein kleines, schüchternes, aber um so appetitlicheres Dienstmädchen, kam und wollte wissen . . . Briefsteller!“

„Geschäftsbriefe, mein Fräulein?“

„Ja . . . auch mit!“

„Der Herr Minister,“ meinte Zumpe so leichthin, „ein seiner Mann . . . vor allen Dingen, er hat soviel Humor,

bere bei Zinsen) beträgt der Zinssatz 10 Prozent jährlich; doch bleibt es für Beträge, die vor der Verzinsung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinssatz.

Bei denjenigen Steuern, bei denen nicht die neuen Vorschriften über Verzugszuschläge Platz greifen (z. B. bei den Verbrauchsteuern) werden bei nicht rechtzeitiger (unbefugter Weise unterlassener) Zahlung Verzugszinsen erhoben, die für die Zeit vom 1. August 1931 ab 2 Prozent monatlich betragen.

## Die Presse gegen die Notverordnung

### Ergänzende Richtlinien an die Behörden

Berlin, 21. Juli. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der die Schriftleiter und Verleger vereinigt sind, erläßt eine scharfe Erklärung gegen die Notverordnung vom 17. Juli. Diese sei für sich schon kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen der Presse. Sie verstoße, ganz abgesehen von ihren technischen Mängeln, gegen die einfachsten Grundlagen des Wesens und der Freiheit der Presse und führe schwere Gefahren für die Meinungs- und Urteilsbildung in der Öffentlichkeit herauf.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft brachte die Beschwerden beim Reichsinnenminister Dr. Wirth vor. Dieser hat nun an die obersten Reichs- und Landesbehörden ergänzende Richtlinien für die Handhabung der Verordnung herausgegeben. Danach darf von der Presse nur die Aufnahme solcher Kundgebungen und Entgegnungen auf Entschuldigungen verlangt werden, die von der zuständigen Behörde selbst ausgehen. Eine Zeitung darf nicht wegen ihrer politischen Richtung als solcher verboten werden. Das Verbot ist nur zulässig, wenn durch bestimmte Artikel einer Zeitung die Annahme einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründet erscheint.

Im „Vorwärts“ schreibt der preussische Innenminister Severing, es werde sich herausstellen, daß die Sorge der Presse, die Regierungen wollen durch die Notverordnung (Aufnahmezwang für Regierungskundgebungen) jede Zeitung sozusagen zu einem unfreiwilligen „Reichs- und Staatsanzeiger“ machen, unbegründet sei. Von der Bestimmung dürfe nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht werden. Eine andere Handhabung würde die Einrichtung stumpf machen und der Staatsautorität auch nicht gerade zuträglich sein.

## Neue Nachrichten

### Ausfahrungen in Odesloe

Bad Odesloe (Sachsen). 21. Juli. Im Lauf einer Versammlung der radikal-demokratischen Partei kam es zwischen 60 Reichsbannerleuten, die den Saalschutz verlassen, und einer 100 Mann starken Abteilung Nationalsozialisten, welche keinen Einlass mehr fanden, zu einer Schlägerei, bei der sechs Reichsbannerleute schwer verwundet wurden. Die Polizei nahm vier Nationalsozialisten fest.

### Der schweizerisch-französische Konflikt

Bern, 21. Juli. Seit der napoleonischen Zeit hat die Schweiz durch Staatsvertrag das Recht einer gewissen Freizone für Verkehr und Wirtschaft auf dem französischen Gebiet am Genfer See. Frankreich ist aber seit Jahren bestrebt, dieses Recht einzuschränken oder aufzuheben, namentlich soll das vorliegende Genfer Gebiet so eingegrenzt werden, daß es ganz in die französische Interessenszone hineingeräte und dann zwangsläufig mit der Zeit auch politisch an Frankreich sich anschließen müsse. Dagegen wehrt sich die Schweiz. Der Streit wolle aber trotz der unaufhörlichen französischen Schikanen nicht vom Fleck kommen. In letzter Zeit hat nun die französische Regierung wieder einen ihrer berühmten „Verständigungsvorschläge“ gemacht, der auf eine vollständige Waffenstreckung durch die Schweiz hinausläufe. Die Bundesregierung hat nun im Einverständnis mit den Regierungsräten der Kantone Genf, Waadt und Valais den Streit vor den Haager Gerichtshof gebracht.

### Frankreich gegen die Abrüstung

Genf, 21. Juli. Die französische Regierung hat dem Völkerbund vor einigen Tagen eine neue Abrüstungsnotiz übergeben, in der Frankreich erklärt, daß weder eine Aufhebung der durch die Friedensverträge auferlegten Abrüstungsvorschriften noch eine Gleichheit in den Küstungsverminderungen der übrigen Staaten möglich sei. Die Küstunten müßten nach den geographischen, industriellen und

wie seine Frau Takt und Herzengüte hat. Und Uchi . . . das liebe Mädel!“

Dabei sah er deutlich, wie Dr. Benno Koch zusammenzuckte. Eine diabolische Freude erfaßte ihn.

„Ja . . . Uchi, ein knorres Mädel! Wir sind sehr befreundet miteinander! Ich lernte sie und ihre Frau Mutter auf dem Rennplatz kennen! Gott, wie das so zugeht. Wir konnten uns gleich gut leiden . . . Sie wissen doch, daß sie damals sich beinahe mit meinem älteren Bruder, dem Ministerialdirektor, verlobt hätte . . . beinahe . . . aber der Himmel hat sie davor bewahrt!“

„Ra, na!“

„Wissen Sie, Doktor,“ sagte Zumpe nachlässig, „das wäre nichts gewesen! Mein Bruder . . . enorm tüchtig . . . leuchte in seinem Fach . . . alles, alles . . . aber die Uchi, edr liebe Kerl, die braucht einmal fürs Leben einen anderen Partner. Einen richtigen flotten Kerl, der sie durchs Leben wirbelt, der Temperament, Wit, Geist hat. Das fehlte alles meinem Bruder! Und dann . . . na . . . im übrigen, mir hat sie netlich gefagt . . . sie hat kein Interesse, zu heiraten! Kluges Mädel, was?“

Worauf sich Dr. Benno ziemlich fluchtartig zurückzog und nochmals um Zusendung des Casanova bat.

Der nächste Kunde war für Zumpe, der sich grimmig die Hände bei Dr. Benno raschem Abgang gerieben hatte, angenehmer.

Es war ein kleines, schüchternes, aber um so appetitlicheres Dienstmädchen, kam und wollte wissen . . . Briefsteller!“

„Geschäftsbriefe, mein Fräulein?“

„Ja . . . auch mit!“

(Fortsetzung folgt)

geschädlichen Begebenheiten sowie nach den Sicherheitsbedürfnissen eines jeden Landes bemessen werden.

## Einnahme einer kommunistischen Festung in China

Nanking, 21. Juli. Die Stadt Hingatu (Süd-Kiangsi), eine der drei Festungen der Kommunisten in dieser Gegend, ist nach einem zwölfstündigen erbitterten Kampf von den Regierungstruppen eingenommen worden. Vor der Erstürmung hatten die Angreifer durch Beschließung mit Geschützen und Flugzeugen die Stadt buchstäblich in einen Trümmerhaufen verwandelt. Es ist dies die zweite kommunistische Festung, die gefallen ist, und man erwartet, daß die dritte sich bald ergeben wird.

## Schweres Gewitter über Lublin

4 Tote, 1000 Häuser eingestürzt

Am Montagabend ging ein Gewitter, wie man es noch nie beobachtet hat, über der polnischen Stadt Lublin (Wohlnien) und ihrer Umgebung nieder. Etwas 1000 Häuser wurden eingestürzt oder schwer beschädigt. Acht Eisenbahnwagen, die im Bahnhof von Lublin standen, wurden umgerissen, unter ihnen zwei Wagen, in denen sich einige Rennpferde befanden. Ganze Dächer, Scheunen und Telegraphenmasten wurden durch die Luft gewirbelt. Nach den bisherigen Feststellungen sind vier Personen getötet worden, unter ihnen ein Kutscher, den der Sturmwind mit dem Wagen und den Insassen hochtrieb und auf die Erde zurückschleuderte. Die übrigen Insassen des Wagens wurden schwer verletzt. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten läßt sich zur Zeit nicht feststellen, ebenso wenig der Schaden, den das Unwetter anrichtete.

## Württemberg

Stuttgart, 21. Juli.

**Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart.** Am 1. Juli 1931 waren im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart 7949 männliche und 2089 weibliche Arbeitslosenunterstützungsempfänger vorhanden. Bei den Männern ergibt sich ein Abgang um 563, bei den Frauen ein solcher um 340 Personen. Stand am 15. Juli 1931: 7386 männliche und 1749 weibliche, zusammen 9135 Arbeitslosenunterstützungsempfänger. In der Krisenunterstützung standen am 1. Juli 1931 5536 männliche und 856 weibliche Personen. Bei den Männern ergibt sich ein Zugang um 129, bei den Frauen ein Abgang um 6 Personen. Stand am 15. Juli 1931 5665 männliche und 850 weibliche, zusammen 6515 Krisenunterstützungsempfänger. Insgesamt ergeben sich 15 650 Unterstützungsempfänger; davon entfallen auf Groß-Stuttgart 9855. Als Stellenjuchende waren 32 149 Personen vorgemerkt.

**Stuttgart, 21. Juli. Untreue eines städt. Beamten.** Die Innere Abteilung des Gemeinderats befaßte sich mit einem Fall von Untreue eines Beamten der graphischen Abteilung des Stadtvermessungsamts. Untersuchungen haben ergeben, daß der Beamte in außerordentlichem Umfang ohne Erlaubnis Nebengeschäfte betrieben und sich dabei erhebliche Einnahmen verschafft hat und daß er außerdem einen Teil der der Stadtkasse zustehenden Einnahmen für Arbeiten der graphischen Abteilung für sich verrechnete. Es wird der Antrag auf Einleitung des gerichtlichen Dienststrafverfahrens mit dem Ziel der Entfernung vom Amt und der sofortigen Dienstenthebung gestellt werden.

**Die Gebühr für Auslandsreisen.** Nach dem Erlaß des württ. Innenministeriums über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen haben die Bahnhöfe die Gebühren von 100 RM. sofort entgegenzunehmen; die Entrichtung der Gebühr ist im Paß deutlich zu vermerken. Der Vermert ist mit Stempel zu versehen.

**ep. Lehrgänge für gärungslose Früchteverwertung.** Gegen 130 Personen, darunter auch viele aus Württemberg, haben gelegentlich der in den letzten Wochen an der Versuchsanstalt in Ober-Erlenbach abgehaltenen, sehr gut besuchten Lehrgängen Einführung in die gärungslose Früchteverwertung und praktische Ausbildung im Säuermosen gefunden. Ein weiterer Lehrgang dieser Art wird vom 3. zum 4. August und der letzte in diesem Jahr vom 7. zum 8. September stattfinden. Nähere Auskunft und Kursusprogramme sind durch die Lehr- und Versuchsanstalt für gärungslose Früchteverwertung in Ober-Erlenbach bei Frankfurt a. M. kostenlos erhältlich.

**Hoteltiergewerbe und Jugendherbergen.** Im Konkurrenzkampf der Jugendherbergen mit dem Hoteltiergewerbe schlägt ein Stuttgarter Fachblatt vor, daß auch die gut geführten Hotels und Gasthäuser den Gedanken der Ueberlassung billiger Unterkunftsplätze für die wandernde Jugend ins Auge fassen. In Kürze werden die Stuttgarter und schwäbischen Gastwirte auch zu dieser durch die Not der Zeit hervorgerufenen Forderung Stellung nehmen.

## Aus dem Lande

**Allbach, OÄ. Ehlingen, 21. Juli.** Dreißig Jahre Ortsvorsteher in Allbach. Am 22. Juli sind es 30 Jahre, daß Bürgermeister Louis Raith an der Spitze der Gemeinde Allbach steht.

**Stetten l. R., OÄ. Waiblingen, 21. Juli.** Frecher Einbruch. Vor Jahren hat die hiesige Schützengilde unter großen Opfern auf der Bergeshöhe am Waldbrand eine Schießbahn erbaut und dazu ein Unterkunftsbaus mit Wirtschaftsbetrieb erstellt. Vieles wurde nachts von Einbrechern heimlich gestohlen. Die Diebe stiegen durch ein eingeschlagenes Fenster in den Wirtschaftsraum, dort taten sie sich gütlich am Bier und Wein. Eine Anzahl Bierflaschen füllten sie im Keller mit Wein, um auch auf dem Heimweg nicht Durst leiden zu müssen. Auch 14 Grammophonplatten nahmen sie mit. Die Wirtschaftskasse mit 30 Mark und ein Zigarettenvorrat fehlten ebenfalls. Der Gewehrkasten wurde erbrochen und 7 Kleinkalibergewehre und Zimmerlufthaken nahmen sie mit, einen wertvollen Pokal warfen sie in den nahen Wald. Eines der Gewehre wurde am Samstag im Wald gefunden.

**Schorndorf, 21. Juli.** Brandfall durch Unvorsichtigkeit. In der an das Wohnhaus angebauten Scheuer des Landwirts Eisenbraun brach Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete. Die Scheuer mit Stallgebäude wurde zerstört. Die Feuerwehr mußte sich auf die Rettung des neu hergerichteten Wohnhauses beschränken, aus dem das Mobiliar gerettet werden konnte. Auch das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden. Ein

junger Arbeiter hatte ein in das Schlafzimmer hereinragendes Ende eines Eisenträgers abschweifen wollen, der die Decke des Stallgebäudes mitträgt. Durch die Stichflamme geriet der über dem Träger liegende Balken in Brand und damit auch das Heu in der vom Schlafzimmer nur durch eine Wand getrennten Stube.

**Omnibus, 21. Juli. Falschmünzer.** Ein hiesiger junger Techniker wurde am letzten Samstag bei der Ausgabe falscher Fünfmarkstücke erwischt und durch die Polizei festgenommen. Der Täter, der arbeitslos ist und sich in einer Notlage befindet, hat die Stücke in seiner Wohnung hergestellt, indem er Blei auf galvanischem Weg versilberte. Insgesamt kamen nur vier Stücke zur Ausgabe. Die übrigen Stücke sowie das Gerät wurden beschlagnahmt.

**Heilbronn, 21. Juli.** Oberbürgermeister Beutinger bestätigt. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Emil Beutinger in Heilbronn bestätigt.

**80 Einbruchsdiebstähle aufgeklärt.** Vom Sept. 1930 an sind im württ.-badischen Odengebiet zwischen Gundelsheim und Mergentheim zahlreiche Einbruchsdiebstähle in Bauernhäusern, Wirtschaften, Verkaufsgeschäften und vereinzelt auch in Pfarrhäusern und Jagdhütten verübt worden. Als Täter wurde am 8. Juli der 30 J. alte ledige Gärtner Ernst Schick von Altsfeld in Hesselbach im Odenwald festgestellt. Im Mai d. J. in Oberstetten ergriffen, gelang es Schick schon am nächsten Vormittag, aus dem Ortsarrest zu flüchten. Er verlegte seine Tätigkeit sodann in die Gegend zwischen Mergentheim und Lauda, konnte aber auch dort nicht gefaßt werden. Schick, der hierher überführt wurde, gestand, seit September 1930 in Württemberg, Baden, Bayern, und Hessen insgesamt 80 Einbruchsdiebstähle verübt zu haben, bei denen ihm neben Lebensmitteln, Kleidern und sonstigen Gebrauchsgegenständen teilweise bedeutende Geldbeträge in die Hände gefallen sind.

**Erlenbach OÄ. Nedarfulm, 21. Juli.** Hochwasser. Am Montagabend gegen 7 Uhr fiel ein wolkenbruchartiger Regen. Kurz vor 8 Uhr stürzte ein das ganze Erlenbachtal meterhoch überschwemmender Strom dem Ort zu. Dorfbewohner, die bei ihrer Feld- und Weinbergarbeit vom Umetter überrollt wurden, konnten selbst mit Pferd und Wagen die Flut nur mit Mühe überqueren. Das Unglück kam diesmal so plötzlich und unerwartet, daß es mit knapper Not gelang, stark gefährdete Stellungen zu schützen.

**Vom Jagsttal, 21. Juli.** Hochwasser. Die unaufhörlichen Regengüsse, die seit Samstag nachniedrigen, haben zu einer ausgedehnten Ueberschwemmung des Jagsttales geführt. Der frühe Graswuchs des Jagsttales ist völlig verschlammmt und kommt zur Fütterung kaum mehr in Frage. Die häuerliche Bevölkerung findet es unverständlich, daß trotz ihrer häufigen Mahn- und Silberufe schon vor Jahren noch nicht zur endgültigen Jagstkorrektur geschritten wurde.

**Hall, 21. Juli.** Schwere Absturz. Nachmittags beschädigte sich der erst vor acht Wochen auf dem Lemberghof aufgebaute neue Besitzer Gebhard Heinrich mit Schindelschloß am Scheuerdach. Hierbei stürzte er ab und zog sich schwere Rückenverletzungen innerlich zu. Der Verunglückte wurde ins Diakonissenhaus befördert.

**Bellberg OÄ. Hall, 21. Juli.** Hochwasser der Bühler. Die Bühler führte am Sonntag Hochwasser, das an Gärten, Wiesen und angrenzenden Gebäuden nicht unbedeutenden Schaden anrichtete. Besonders den Mühlen und Sägmühlebesitzern ist durch Versanden der Turbinen, Abschwemmen von Holz usw. beträchtlicher Schaden entstanden. Die Straße Lohheim-Bellberg war lange Zeit am „Sand“ unter Wasser, so daß der Fußgängerverkehr unmöglich war. Trotzdem das Wasser bis gestern morgen um mehr als einen Meter zurückgegangen ist, bilden weite Strecken des Tales auch heute noch große Seen.

**Waldenburg OÄ. Dehrigen, 21. Juli.** Sturm Schaden. In der Umgegend hat der Sturm ganz bedeutenden Schaden angerichtet. Auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche wurde eine Meßke schön und kraftvoller starker Obstbäume geknickt oder aus dem Boden herausgerissen. Die furchtbare Gewalt der Windböe hatte das in der Nähe vorüberfließende Wasser haushoch emporgeworfen. Der Schaden der Betroffenen ist erheblich.

**Tübingen, 21. Juli.** Von der Universität. In ihrer letzten Sitzung ernannte die „Tübinger Chemische Gesellschaft“ zu ihrem Ehrenmitglied den emeritierten ordentlichen Honorarprofessor der Chemie: Dr. Karl Bülow, bekannt durch seine rund 135 wissenschaftlichen Publikationen und die Erfindungen künstlicher Farbstoffe.

**Herrenberg, 21. Juli.** Das neue Freibad ist hier am letzten Sonntag eröffnet worden.

**ep. Kottweil, 21. Juli.** Einweihung des evangelischen Gemeindehauses. Am vergangenen Sonntag konnte hier das neue unter der Leitung von Architekt Weippert-Stuttgart erstellte evangelische Gemeindehaus unter starker Beteiligung der Gemeinde wie auch des Bezirks eingeweiht werden. Das Haus enthält im wesentlichen einen Saal mit 400 Sitzplätzen, welcher durch Angliederung eines auch für sich zu Vereinszwecken zu benützbaren Nebensaals auf 450-500 Sitzplätze gebracht werden kann; außerdem einen Kindergarten für 60-70 Kinder, Wohn- und Schlafräume für Schwestern und Hausmeister.

**Schwerer Unfall.** Sonntag vormittag kam die 19 J. a. Marie Haag auf ihrem Fahrrad in der Hauptstätterstraße herunter und fuhr beim Einbiegen in die Hohbrücktorstraße gegen ein von dort kommendes Personenauto. Sie wurde gegen das Türfenster des Autos geschleudert und trug hiebei am Hals und im Gesicht schwere Schnittwunden davon. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Die Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus verbracht. Das Schweizer Auto durfte seine Fahrt erst nach Hinterlegung von 3000 Mark fortsetzen.

**Göppingen, 21. Juli.** Abschluß der Schneidermeister-Tagung. Der 9. Verbandstag des Landesverbandes württ. Schneidermeister fand gestern seinen Abschluß mit der Generalversammlung der Unterstufungsvereinigungen für Sterbefälle. Diese Kasse hat in etwa 4 Jahren für 110 Sterbefälle bereits schon über 70 000 RM. an Sterbegeldern ausbezahlt bei einem Mitgliederstand von 1558.

**ep. Geislingen a. d. St., 21. Juli.** Ev. Volkstag. Trotz des Regenwetters fanden sich aus Geislingen, Altsfeld und den benachbarten Gemeinden am Sonntag zahlreiche Besuche verschiedenster Volksschichten zu dem vom Ev. Volksbund des Bezirks veranstalteten Ev. Volkstag in der überfüllten neuen Turnhalle von Altsfeld ein. In seiner Begrüßungsansprache wies der Bezirksvorsitzende, Rektor Gebrie von Geislingen, hin auf die Bedeutung

die die Kirche in einer Zeit schwerster Bedrängnis für den einzelnen und das Volk hat. In der Hauptansprache zeigte Pfarrer Pfisterer vom Ev. Volksbund, daß Gottlosigkeit als Opium für das Volk die geistige Freiheit, die Volks- und Familiengemeinschaft und die innere Erneuerung untergrabe, und rief zum latenten Beweis des Christentums w. Pfarrer Schweinle von Süssen sprach ein packendes, dem Ernst der Zeit entsprechendes Schlusswort. Der Kirchenchor, der Jungmädcheneverein und ein Sing- und Sprechchor der Mittelschülerinnen von Geislingen sowie der Posaunenchor von Faurndau verhönten die Feier, bei der zwei Mädchen in Tracht ein sinniges schwäbisches Gespräch über den Ev. Volksbund vortrugen.

**Weidenstetten OÄ. Ulm, 21. Juli.** Bezirksfeuerwehrtag. Hier fand am Sonntag der 18. Bezirksfeuerwehrtag des Bezirks Ulm statt. Die Feuerwehr Weidenstetten beging ihr 50jähriges Bestehen. Nach der Kommandantensammlung im Gasthaus zum Ochsen erfolgte eine Angriffsübung westlich der Kirche, bei der die Kleinmotorpumpen von Altsfeld und die Kraftraspel von Ulm (mit neuem Essener Sprungtuch) mitwirkten. Der Festzug mit unter der Leitung der Bitterung. Der Verbandsvorsitzende, Kommandant Klett-Ulm, sprach im Rahmen der Kommandantensammlung über das Thema „Hydranten, deren Verwendung und Beschaffenheit“, auch erklärte er eine eigene Erfindung. Weidenstetten führte als besonderes Schauspiel die aus dem Jahr 1825 stammende Handdruckspritze vor. Am Festzug marschierten historische Gruppen mit. Der nächste Bezirksfeuerwehrtag findet in Langenau statt.

**Gerstetten OÄ. Heidenheim, 21. Juli.** Die neue Jungbauernfahne. Bei dem Jungbauerntreffen des Bezirks Heidenheim in Gerstetten am Sonntag nahm Landtagsabgeordneter Stohr die Uebergabe der Bezirksjungbauernfahne an den Bezirk Heidenheim bzw. an die Ortsgruppe Gerstetten vor. Wie der Redner mitteilte, hat der Abbauernbund sich entschlossen, den Bezirksjungbauernbünden jeweils eine Fahne zu verleihen.

**Blaubeuren, 21. Juli.** Beim Klettern abgestürzt. Am Sonntag unternahm zwei Söflinger eine Rafttour nach Blaubeuren. Bei Gerhausen wollte der eine, der Schneider Erwin Ruf, den nächstgelegenen Kogelberg erklimmen, wobei sich ein Felsstück löste, das den Ruf 20 Meter in die Tiefe riß. Der Abgestürzte wurde in das Bezirkskrankenhaus in Blaubeuren eingeliefert.

**Großschaffhausen, OÄ. Laupheim, 21. Juli.** Bei der Ortsvorsteherwahl wurde der bisherige Bürgermeister Scheffold wiedergewählt.

**Möhringen am Bussen OÄ. Niedlingen, 21. Juli.** Brand. Gestern abend stand das Wohn- und Dekonomiegebäude des Schmieds Holzmann in hellen Flammen. Die Scheuer mit angebauter Schmiede und das Wohnhaus sind bis auf die Grundmauern abgebrannt. Die Brandursache ist bis jetzt unbekannt.

**Isny, 21. Juli.** Der Ausländer hat Vertrauen zu uns. Im nahen Sibratshofen steht schon seit längerer Zeit eine Bergamentpapierfabrik, die mehreren ausländischen Industriellen zum größten Teil gehört. Ein deutscher Teilhaber (Nikolaus-Rondsberg) ist gleichfalls an dem Unternehmen beteiligt, das im wesentlichen seine Erzeugnisse nur für den Geschäftsgebrauch der Ausländer herstellt. Vorgestern lief bei dem deutschen Teilhaber von seinen ausländischen Kollegen (zwei Holländern und einem Engländer) die Mitteilung ein, daß das Werk in Sibratshofen um den Betrag von 2 Millionen vergrößert werden darf.

**Wesslingen in Hohenjollern, 21. Juli.** Brand. Im Anwesen des Straßenwarts Johann Mayer ist am Montag Feuer ausgebrochen. In kurzer Zeit standen Scheune und Wohnhaus in Flammen. Mit Mühe konnte etwas Hausrat und das Großvieh gerettet werden. Landwirtschaftliche Fahrnisse und die Schweine sind mitverbrannt.

## Württembergischer Landtag

Stuttgart, 21. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtags wurden die Mitglieder des von der Sozialdemokratie geforderten Ausschusses bestimmt, der die Beziehungen zwischen Polizei und Nationalsozialisten unteruchen soll. In dem Ausschuss sind alle Parteien vertreten. Erledigt wurde eine Reihe von Eingaben und abgelehnt zur Aenderung des Besoldungsgesetzes ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der Ruhegehalt 8000 Mark nicht übersteigen darf. Abgelehnt wurden ferner die Anträge der Sozialdemokratie, des Christl. Volksdienstes und der Volksrechtspartei auf Aenderungen bei der Gehaltsfözung für die Beamtenanwärter. Zahlreiche andere Anträge wurden an den Finanzausschuss überwiesen. Bei der Schlussabstimmung wurde die Aenderung des Besoldungsgesetzes angenommen. Schließlich gab es noch parteipolemische Auseinandersetzungen wegen des vom Geschäftsordnungsausschuss gestellten Antrags, in fünf Fällen die Genehmigung zur Strafverfolgung von kommunistischen Abgeordneten zu erteilen. Die Debatte endete mit der Annahme des Antrags. Der Landtag vertagte sich bis zum Herbst.

## Lokales.

Wildbad, den 22. Juli 1931.

**Tafelwasser aus den Wildbader Heilquellen.** Bei der staatlichen Badverwaltung angestellte Versuche haben ergeben, daß das Wasser unserer Heilquellen mit natürlicher Kohlensäure versetzt ohne jeden sonstigen Zusatz ein wohlschmeckendes, erfrischendes und bekömmliches Tafelwasser ergibt, das die Badverwaltung, den vielen dahingehenden Anregungen folgend, unter dem Namen „Wildbader Sprudel“ in den Handel bringen wird.

**Lotteriegeld.** Garantiert nächsten Mittwoch, 29. Juli findet die Ziehung der Bogelschuh-Geldlotterie statt. 4 250 Geldgewinne und 1 Prämie mit 10 000 Mark kommen zur Auspielung. Auf 10 Lose (sortl. Endzahlen) mindestens 1 Gewinn garantiert. Die letzten Lose zu 1 Mark 13 Stück 12 Mark sind noch durch die bekannten Verkaufsstellen zu beziehen. Generalvertrieb J. Schweickert, Stuttgart, Marktstraße 6, Postfachkonto Stuttgart 2055.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Schaffung eines Söderblom-Fonds.** In Schweden wurde ein Aufruf veröffentlicht, in dem die gesamte Bevölkerung aufgefordert wird, an der Bildung eines Fonds teilzunehmen, der den Namen des verstorbenen Erzbischofs Söderblom

Verblom tragen soll. Der Fonds soll zur Bewirtung der großen Gedanken Söderbloms — Einheit der Kirchen usw. — dienen. Der Aufruf ist vom Kronprinzen und 20 anderen bedeutenden Persönlichkeiten unterzeichnet.

Das Berliner Blatt „Montagmorgen“ stellt sein Erscheinen ein.

**Schweres Unwetter an der Bergstraße.** Am Sonntag abend ging zum dritten Mal in diesem Jahr ein schweres Unwetter über der Bergstraße nieder. In der Gegend von Reichenbach im Odenwald entlud sich ein Wollenbruch, der weite Teile des Landes in riesige Seen verwandelte. In wenigen Minuten lag weithin im Odenwald und an der Bergstraße das Korn niedergedrückt am Boden. Bald waren in mehreren Orten die Straßen überflutet und zum Teil durch mitfortgeschwemmte Baumstämme versperrt. In mehreren Stellen wurden von den Fluten die Brücken fortgerissen.

**Neuschnee im Allgäu.** Die Gewitter in den letzten Tagen haben reichlich Abkühlung gebracht. In den Allgäuer Bergen liegt seit Donnerstag wieder Neuschnee bis auf 1700 Meter herunter.

**Schwere Mordtat.** In dem Dorf Wendersreuth bei Weiden (Oberpfalz) wurde am Sonntag früh das Gastwirtsweibchen Schieder in seiner Wohnung durch Beiliebe ermordet aufgefunden. Auch ihr zweijähriges Kind war durch einen Beilieb schwer verletzt worden und ist später seinen Verletzungen erlegen. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Bruder des Gastwirts verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis in Weiden eingeliefert.

**Danat-Opfer.** Der 64jährige Inhaber einer chemischen Fabrik in Berlin, Arthur Jaffe und seine 54jährige Frau haben sich mit Veronal vergiftet. Sie fürchteten, durch den Zusammenbruch der Danabank ihr Vermögen zu verlieren. Jaffe sollte in drei Monaten einen größeren Wechsel einlösen.

**Schwerer Omnibus-Anfall.** Auf der Landstraße Metter-Grundschüttel verlor am Sonntag nachmittag der Führer eines privaten Kraftomnibusses die Gewalt über den Wagen. Er lenkte diesen geistesgegenwärtig in den Straßengraben, wo der Omnibus umschlug. 15 Personen wurden verletzt, davon 4 schwer. Mehrere Personen wurden in das Krankenhaus in Metter eingeliefert.

**Verhaftung eines Bankdirektors in Mysłowik.** Der Leiter der Genossenschaftsbank in Mysłowik (Polen, Oberschles.) Weiffeld, wurde verhaftet und die Bank verließ. Die Bank hat verschiedene Einlagen in beträchtlicher Höhe für Posener, Warschauer und Krakauer Firmen vorgenommen, die Gelber aber nicht abgeführt. Auch verschiedene Warenlieferungen für Mysłowiker Kaufleute, die den Rechnungsbetrag nicht hinterlegen konnten, sollen zum Schaden der Fabrikanten weit unter Preis verkauft und das Geld gleichfalls nicht abgeführt worden sein.

**Der Riesenbrand in Vascecz.** Der furchterliche Brand, der die ungarische Ortschaft Vascecz zerstört hat, wütete bis Samstag abend. Vier Kinder sind in den Flammen umgekommen, ebenso zwei Männer, die bei den Rettungsarbeiten ohnmächtig wurden und in das Feuer fielen. 130 Kinder, 120 Pferde und 160 Schweine, sowie viele landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden vernichtet. Der Schaden wird auf 35 Millionen Kronen geschätzt.

**Englische Fliegerin und ihr Begleiter abgestürzt.** Am Samstag nachmittag stürzte die bekannte Fliegerin Mrs. Violet Baring, eine Nichte des Marquis von Desland, in der Nähe von Aborfield (Berks) mit ihrem Begleiter, einem Direktor der Lloyd-Bank, ab. Beide Insassen waren sofort tot.

**Für 10 000 Mark Uhren gestohlen.** Ein Pforzheimer Kaufmann ließ in seinem Kraftwagen in einer der Straßen der Innenstadt in Köln seine Musterkoffer zurück, in denen sich für mehr als 10 000 Mark Uhren verschiedener Art befanden. In seiner Abwesenheit haben Diebe den geschlossenen Kraftwagen aufgebrochen und die Koffer gestohlen. Der Kriminalpolizei gelang es in wenigen Tagen, auf die Spur der Diebe zu kommen und schließlich auch den Verbleib der Uhren schon in der zweiten Hehrhand festzustellen und das Diebesgut zu beschlagnahmen. Es fehlen nun noch 14 Uhren, darunter zwei Damenuhren, mit Saphiren und Brillanten besetzt, die einen Wert von über 1000 Mark haben.

**Ueberfall auf eine Bank.** Die Zweigstelle der Commerz- und Privatbank in Fürstberg (Meklenburg) drangen maskierte bewaffnete Räuber ein, rissen 3000 Mark an sich und entflohen mit der Beute.

**Das Stargarder Gericht in Flammen.** In Stargard (Pommern) schlug während eines heftigen Gewitters am Freitag nachmittag ein Blitz in das Landgerichtsgebäude ein, das gleich darauf in hellen Flammen stand. Der Dachstuhl sowie der linke Flügel des dritten und des zweiten Stockwerks sind völlig ausgebrannt. Der Schwurgerichtssaal und mehrere Räume der Staatsanwaltschaft, in denen sich wichtiges Aktenmaterial befand, wurde vernichtet. Weitere Akten sind durch das Wasser bei den Löscharbeiten verheert worden. Die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr und die Eisenbahnfeuerwehr reichten zur wirksamen Bekämpfung des Feuers nicht aus, so daß Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 9 zur Hilfeleistung herangezogen werden mußten.

**Das deutsche Flugzeug in der Mongolei abgeschossen?** Die „Times“ berichtet, mongolische Reisende haben erzählt, daß das Junkersflugzeug der „Euroasia“ durch das Gewehrfeuer mongolischer Militärs zum Landen gezwungen worden sei. Einer der beiden deutschen Flieger sei durch einen Beinschuß verwundet worden.

**Tödlicher Absturz beim Italienrundflug.** Beim Italienrundflug (6000 Kilometer) ist am Samstag der kanadische Flieger Carera in der Nähe des Kap Santaleffio ins Meer gestürzt. Die Leichen Careras und seines Mechanikers wurden von einem Fischerboot geborgen.

**Tschechoslowakische Ortschaft niedergebrannt.** Am Freitag früh entstand in Bacc bei Rosenberg in Böhmen in einem Wohnhaus ein Brand. Das Feuer war fast gelöscht, als ein starker Wind es von neuem entfachte und auf andere Gebäude übertrug. In zwei Stunden waren mehr als 100 Wohnhäuser und fast 500 Nebengebäude bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das Pfarramt, die Schule, das Postamt, das Rathaus und das Notariat sind vernichtet. Ueber 2000 Personen sind obdachlos, viele wurden verletzt und mehrere Kinder werden vermisst.

**Todesurteil.** Der polnische Generalstabsmajor Domkowski, der für Auslandspionage getrieben hatte, wurde vom militärischen Standgericht in Warschau zum Tod verurteilt. Er bekannte sich als Kommunist.

**Amerikanisches Luftschiff explodiert.** Das von den Goodyear-Werken erbaute amerikanische Kleinflugschiff „Mayflower“ ist bei einem schweren Sturm von seinem Landungsmaße abgerissen und durch eine Explosion zerstört worden. Das Luftschiff wurde vom Sturm umhergeschleudert und geriet in eine Hochspannungsleitung. Der Benzintank explodierte und setzte das Schiff in Flammen. Die an Bord befindliche Besatzung von zwei Mann erlitt schwere Brandverletzungen. Nur dem Umstand, daß das Kleinflugschiff mit dem nicht brennbaren Heliumgas gefüllt war, ist es zuzuschreiben, daß keine größere Katastrophe erfolgte.

**Handel und Verkehr**

**Der Großschmuggel läuft wieder**

Nach den Tagen der Schmuggelpause beläuft sich der Großschmuggel längs der westlichen Grenze reger denn je. Von rheinischen Grenzstädten und von Köln aus sind vor allem geschmuggelte Zigaretten in Mengen nach Berlin, Nürnberg und Stuttgart gebracht worden, weil man sich dort wohl einen ungefährlichen Absatz erhofft. Es ist festgestellt worden, daß der „Schweizerhans“, ein geborener Schweizer mit Namen Riedel, wieder als Großschmuggler auftritt. Aus seiner Verforgung und der der „Kollegen“ wurden allein in Köln in einer ganzen Anzahl sehr harmlos aussehender Pakete rund 70 000 belgische Zigaretten und 30 Pfund Kaffee beschlagnahmt. Der Steuerausfall für diese unverzollt hereingebrachten Zigaretten beträgt allein 2100 Mark.

Berliner Dollarkurs, 21. Juli, 4,209 G., 4,217 B.

**Zollverhandlungen mit der Schweiz.** Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über die Schutzzölle haben zu dem Ergebnis geführt, daß Deutschland sich zu deren Freigabe gegen schweizerische Erleichterungen in anderen Zollpositionen bereit erklärt hat. Die Erhöhung der schweizerischen Zölle auf deutsche Schuhe ist vor auszusehen.

**Italienische Anleihe in Albanien.** Italien hat Albanien eine Anleihe von 10 Millionen Franken gewährt. Die Anleihe ist zinslos und nur dann rückzahlbar, wenn sich der albanische Haushalt verbessert hat. Die Rückzahlungen sind zeitlich unbegrenzt, und die erste Zahlung kann erst vorgenommen werden, wenn der albanische Haushalt 50 Millionen Franken erreicht hat.

**Elbflöße nach Ostjordanland.** Vom 1. August an ist die Einstellung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen nach Ostjordanland (nur nach dem Ostjordanbezirk) zugesessen.

**Die Weinzentrale AG.** Stuttgart, Zweigniederlassung in Ulm, erzielte im Geschäftsjahr 1930 einen Reingewinn von 26 242 Mk., der laut Beschluß der HV. im Hinblick auf die unübersichtliche Wirtschaftslage zu Abschreibungen verwendet wird. Mark- und mengenmäßig haben die Betriebe im vergangenen Wirtschaftsjahr eine Umsatzsteigerung erzielt. Der Geschäftsgang im neuen Jahr ist zufriedenstellend.

**Die Süddeutsche Luthania AG., München,** verzeichnet für 1930 einen Reingewinn von 1322 Mark, der vorgetragen wird.

**Arbeiterentlassungen.** In der AG. für Feinmechanik in Tutzingen werden dieser Tage wieder 50 bis 70 Arbeiter wegen zu schlechten Geschäftsganges entlassen werden müssen, darunter auch eine größere Zahl jüngerer, frisch ausgebildeter Leute.

**Erklärung der DD-Bank.** Gegenüber Angriffen gegen die Deutsche Bank und Discontogesellschaft, daß sie der Danabank nicht rechtzeitig oder ausreichend beigegeben sei, stellt die DD-Bank fest, daß sie noch am 11. Juli, also am Tag vor der Zahlungseinstellung, der Danabank und Rationalbank mit 30 Millionen Mark zu Hilfe gekommen sei.

**Kontursverfahren gegen Nordwolle.** Ueber das Vermögen der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen ist am 21. Juli der Konkurs eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Heinemann in Bremen ernannt.

**Die Landesbank der Rheinprovinz** ist in Zahlungsstockung geraten. Die Bank ist eine Anstalt des Provinzialverbands, Gefahr für die Gläubiger ist daher nicht vorhanden.

**Berliner Getreidepreise, 21. Juli.** Weizen märz. 25.60—25.80; Roggen 18.80—19.30, Wintergerste neue 15.10—15.90, Hafer märz. 16.30—16.90, Weizenmehl 30.75—37.25, Roggenmehl 27.75—30, Weizenkleie 13—13.25, Roggenkleie 11.75—12.25.

Bremen, 21. Juli. Baumwollspinn. Mittl. Univ. Stand. loco: 10.90.

**Märkte**

Fruchtpreise. Kernen 11.57, Weizen 15—15.50, Roggen 12, Haber 10.80—11.70. — Leinwand: Haber 10.50. — Riedlingen: Haber 10.20—12, Gerste 12—13. — Tuttlingen: Kernen 16, Weizen 15—15.50, Roggen 11.50, Gerste 13.50—14, Haber 12.60—13 RM.

**Bekanntmachung.**

Auf der Stadtpflege können bis auf Weiteres Bestellungen auf Brennholz aus folgenden Walddistrikten und Abteilungen gemacht werden:

- I. Walddistrikt Meistern. Abteilungen: Alte Steige, Jägerwegle, Rienhalde, Schillereiche, Tannschächtle und Ziegelsteige.
- II. Leonhardswald. Abteilungen: Eichwäldle, Farnplatte, Gudenbrücke, Maierhofwegle und Spahnplatz.
- III. Sommerberg. Abteilungen: Auhalbe, Bärenklinge, Birkenbrand, Fünf Bäume, Häsloch, Lottbaumsteigle, Meigenriß, Straubenriß und Wildbaderhang.
- V. Wanne. Abteilungen: Tiefgrund und Vorderer Blöscherrain.
- VI. Kegeltal. Abteilungen: Diebstich, Durchlaß, Forchenrücken, Hirschweg, Vorderer und hintere Ebene und Schöntanne. Wildbad, den 15. Juli 1931. Stadtpflege.

**Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.**

Anmeldungen für die am 10. September 1931 beginnenden Kurse werden möglichst bald erbeten. Auskunft wird bereitwilligst jederzeit erteilt.

- Die Schulleitung.
- I. Tageskurse: a) Hand und Wäschnähen, b) Kleidernähen, c) Sticken.
  - II. Nachmittagskurse: a) Wäschnähen, b) Kleidernähen. Wöchentlich 1 Nachmittag.
  - III. Abendkurse: a) Wäschnähen, b) Kleidernähen. Wöchentlich 2 Abende.
- Kursdauer: 10. September 1931 bis 22. Dezember 1931.

In Wildbad **Wohn- oder Geschäftshaus** ernstlich zu kaufen gesucht. Offerten unter Nr. 166 an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten.

**Bestellungen auf Einmach-Gurken**

nimmt entgegen, ferner empfiehlt frische Tomaten, Pfirsiche, Himbeeren, Johannisbeeren zu den billigsten Preisen

**Obst- und Gemüsehandlung Geuß**

Hauptstraße, zwischen Hotel goldener Stern und Juwelier Zinzer

**Lichtbilder-Vortrag: Deutsche Kolonial-Arbeit**

Mittwoch den 22. Juli 1931, im Saale „Wildbader Hof“. Alle Nationaldenkende sowie deren Angehörige sind herzlich eingeladen. Eintritt frei. — Beginn abends 8 30 Uhr.

**Baue und kaufe Dein Heimathaus**

mit einem unkündbaren Darlehen zu 3% Zinsen gegen Abschluß eines Sparvertrags. **Nachlaß Ihrer Schulden im Todesfalle.** Größte Sicherheit der Spareinlagen da Ueberwachung durch staatlich bestellten Treuhänder und hohen Hypothekenbestand. **„Kresega“** Kredit-Selbsthilfe, e. Genossenschaft m. b. H. **Konstanz am Bodensee (28)** Vertrauenswürdig Mitarbeiter überall gesucht. Drucksachen kostenlos.

**Graue Haare**

erhalten Naturfarbe und Jugendseiche ohne zu färben. Seit 20 Jahren glänzend bewährt. Herr Direktor E. C., Hamburg, schreibt: „Der Erfolg war über alles Erwarten gut. Mein Haar hat völlig seine frühere Farbe wieder erhalten, nachdem es bereits stark ergraut war.“ Näheres kostenlos. **Santas, Birndorf/Bay., Fürtherstr. 30.**

Eine schöne **3-4-Zimmer-Wohnung**

mit sämtlichem Zubehör, wird für baldmöglichst von ruhigen Mietern (2 Personen) **gesucht.** Zuschriften unter W 171 an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten.

**Hypotheken, Zwischenkredite, Darlehen** (Auslandsgeld) äußerst günstig bei kulantem Bedingungen auszuliehen. Bankgeschäft **Höh n, Gellershausen-Heilburg.** Thür. Anfr. 30 Pfg. Rückp. 1a. Referenzen. Kein Vermittl.

**Städt. Freibank.**

Donnerstag, 23. Juli 1931 5 bis 6 Uhr nachmittags **Rahbfleisch** Pfd. 60 Pfg.

**LIEDERKRANZ**

Heute abend 8.15 Uhr **Singstunde** Neue Sänger herzlich eingeladen.

**Täglich frisch:**

- Buttermilch
- Dickmilch
- in Töpfen und Gläsern von 20 Pfg. ab
- Joghurt
- Frische Tafelbutter
- und Markenbutter
- Georg Lupfer**
- Milchgeschäft.
- In 3 Tagen **Nichttraucher.** Auskunft kostenlos! Sanitas-Depot, Halle a. S. 316 91.

**Landes-Kurtheater**

Direktion: Steng-Krauß Fernsprecher 535 Anfang jeweils abends 8 Uhr Mittwoch den 22. Juli **Mamsell Nitouche** Operette von Hervé. Donnerstag den 23. Juli **Im weissen Rössl** Lustspiel von Kadelburg und Blumenthal. Freitag den 24. Juli **Im Kursaal, Anfang 8.15 Uhr Bunter Abend**

